Bundesrat Drucksache 240/8/88
06.07.88

Antrag

des Landes Niedersachsen

zum

Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz - PostStruktG)

Punkt 4 a) der 591. Sitzung des Bundesrates am 08. Juli 1988

Der Bundesrat möge wie folgt Stellung nehmen zu

Artikel 1 §§ 41, 42, 43 und 47 (PostVerfG)

Der Bundesrat verkennt nicht, daß die Unternehmen der Deutschen Bundespost im Wettbewerb mehr Beweglichkeit für den Personalbereich benötigen, als das geltende Dienstrecht es vorsieht. Er sieht aber auch in der Einheit des Beamten- und Besoldungsrechtes einen wichtigen Grundsatz der öffentlichen Verwaltung.

Der Bundesrat bittet deshalb die Bundesregierung, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, wie die Arbeitsverhältnisse der Postbediensteten entsprechend der wirtschaftlichen Zielsetzung der Unternehmen - bei möglichst weitgehender Beibehaltung der Regelungen für Beamte - gestaltet werden können.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946